FDP Wetterau

HÄUSLICHE GEWALT GEGEN FRAUEN IN DER WETTERAU WIRD LANDTAGSTHEMA

28.02.2022

Hahn: „Häusliche Gewalt muss entschiedener bekämpft werden“

Der Wetterauer FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn macht mittels einer Kleinen Anfrage häusliche Gewalt gegen Frauen im Wetteraukreis zum Thema im Landtag. Der ehemalige Justizminister befragt die schwarz-grüne Landesregierung um den zuständigen Sozialminister Kai Klose (Grüne) zur aktuellen Situation im Kreis.

Die Anfrage soll in Erfahrung bringen, wie viele Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen es seit dem Jahr 2019 jährlich in der Wetterau gab, welche Maßnahmen Schwarz-Grün in Hessen plant, um derartige Gewalt gegen Frauen künftig zu reduzieren und welche konkreten Maßnahmen das Land zur Unterstützung von Organisationen und Vereinen, die sich im Kreis gegen häusliche Gewalt engagieren, seit dem Jahr 2019 geleistet hat.

Darüber hinaus will der Liberale wissen, wie viele Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen mit vielen Plätzen für Frauen und Kinder es seit dem Jahr 2019 gibt und ob diese Anzahl an Plätzen ausreicht. Dazu erfragt Hahn, wie viele Frauen im Jahr 2021 von einem Frauenhaus im Wetteraukreis abgewiesen wurden, da kein freier Platz vorhanden war. Abschließend soll die Anfrage in Erfahrung bringen, wie die Landesregierung die bisherige Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Wetterau bewertet.

„Häusliche Gewalt muss entschiedener bekämpft werden, gerade auch in Zeiten von Corona. Es ist kein Geheimnis, dass Frauenhäuser hessenweit sehr stark ausgelastet sind. Ich erwarte von der schwarz-grünen Landesregierung eine umfassende Aufklärung zu der konkreten, aktuellen Situation in unserem Wetteraukreis“, begründet FDP-Politiker Hahn seine parlamentarische Initiative. „Frauen müssen vor häuslicher Gewalt besser geschützt werden. Neben einer effektiven Strafverfolgung benötigen wir unter anderem

Abgerufen am 10.12.2025 unter https://fdp-wetterau.de/?p=6475

ein breites Netz an personell gut ausgestatteten Beratungsstellen und eine starke Prävention, die bereits bei den Kleinsten beginnt“, fordert der ehemalige Justizminister abschließend.